

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom: 19.03.2002
von: 16:00 Uhr
bis: 18:20 Uhr
Ort: Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss

Schmidt, André - als Vorsitzender -
Berger, Joachim
Eberlein, Klaus-Peter - bis 17.50 Uhr, TOP 6 ö. T. -
Katz, Reinhilde
Klein, Anneliese
Klein, Marc - für von der CDU-Fraktion noch nicht benanntes ordentliches Mitglied -
Löwenberg, Horst
Max, Christian
Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm -
Rujanski, Detlef
Schiltz, Ingmar - für AM Leonhardt, Traugott -
Sintzen, Gerlinde
Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -
Stinner, Gabriele - für AM Otterbach, Christoph -

II. Beratende Mitglieder:

Alt, Bernhard - für Stv Groß, Michael -
Leng, Raimar - für AM Dr. Czell, Gernot -
Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker -
Al-Omary, Falk - bis 17.50 Uhr, TOP 6 ö. T. -
Holdinghausen, Rolf - bis 18.10 Uhr, Ende ö. T. -
Schneider, Martina - ab 16.15 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Tielsch, Ingrid Karin

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Katz bestimmt.

23. JHA 19.03.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

23. JHA 19.03.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

23. JHA 19.03.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

23. JHA 19.03.2002

**5. Jugendleiter-/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)
Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der
Jugendarbeit**

Vorlagenr. 1815/2002

Auf Wunsch des Ausschusses erläutert Herr Dorsch die Vorlage.

Herr Schollmeyer begrüßt ausdrücklich die unterbreitete Vorlage und sieht in der JuLeiCa ein wirkungsvolles Instrument, um ehrenamtliche Qualifizierung zu sichern. Die Inhaber dieses Ausweises müssen speziell gefördert und unterstützt werden. Der Aspekt der Qualitätssicherung muss im Vordergrund stehen, ergänzende Vergünstigungen für diesen Personenkreis als Anreiz und Dank sind angebracht.

Herr Rujanski begrüßt die Vorlage ebenfalls. Um Doppelorganisationen zu vermeiden bittet er aber vor Einrichtung einer „Freiwilligenagentur“ um Prüfung, ob die dieser Agentur zugedachten Aufgaben nicht bereits durch freie Träger abgedeckt werden.

Frau Sintzen ist dankbar für die Ausführungen in der Vorlage. Die Beschränkung der Vergünstigungen auf die Inhaber der JuLeiCa und die Planung eines Büros für freiwilliges Engagement findet Zustimmung. Sie hofft, dass künftig weitere Vergünstigungen gewährt werden können.

Auch die Ausschussmitglieder Tielsch, Alt und Al-Omary sehen in der Förderung der Inhaber der JuLeiCa, wie in der Vorlage geschildert, einen guten und weiter ausbaubaren Weg.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt - aufgrund der besonderen landesseitigen Gewichtung - finanzielle Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit nur an Inhaber der Jugendleiter / Jugendleiterinnen-Card zu gewähren.

An den bisherigen beschlossenen Vergünstigungen für die Bereiche

- Bücherei
 - Bäder
 - Siegerlandmuseum / Ausstellungsforum Haus Oranienstraße
- wird festgehalten.

Weitere Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten können durch die Stadt Siegen nicht gewährt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**6. Tageseinrichtungen für Kinder
Bedarfsplanung 2000 - 2002**

Vorlagenr. 1816/2002

Herr Löwenberg kritisiert, dass eine Beratung über die Bedarfsplanung 2000 - 2002 im Jahr 2002 zu spät ist. Künftig sollte eine zeitnähere Diskussion ermöglicht werden. Eine übersichtlichere Darstellung wäre wünschenswert.

Die Grundaussagen auf Seite zwei der Vorlage, die Herr Dr. Rohr als Kompromiss bezeichnet, sind ihm zu defensiv. In 2001 müssen in der gesamten Union für mindestens 90 % aller Kinder im Alter zwischen drei und 6 Jahren und für 1/3 aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsmöglichkeiten gewährleistet sein, so zitiert er eine seinerzeitige Forderung der EU-Sozialkommissarin.

Da die in der Vorlage genannten Prozentwerte bezüglich des Platzangebotes für Kinder unter drei Jahren bzw. der Schulkinder lediglich auf Vermutungen des Bedarfes basieren, sollte mittelfristig eine Bedarfserhebung erfolgen, um auf dieser Basis über den Wert eines wie auch immer gearteten Kompromisses entscheiden zu können. Für den Bereich der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren können derzeit aufgrund der umfangreichen landespolitischen Diskussionen (Stichwort Pisa-Studie) nur schwerlich Aussagen getroffen werden, da die Entwicklung unklar ist.

Er beantragt, den Beschlussvorschlag um folgende Absätze zu ergänzen:

(Der Rat der Stadt Siegen nimmt ... zur Kenntnis.)

Die Verwaltung wird beauftragt, eine qualifizierte Erhebung über die bedarfsgerechte Versorgung für die Kinder unter drei Jahren und Schulkinder noch in 2002 vorzulegen.

Als erster Schritt wird die Umsetzung eines Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis zum Kindergartenjahr 2003/2004 beschlossen.

Nach der Erreichung des seinerzeit gesteckten Zieles der Gewährleistung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz muss die Politik nunmehr Aussagen gegenüber der Verwaltung dahingehend treffen, welche Richtung vor dem Hintergrund der geänderten Situation weiterzubeschreiten ist, so Herr Rujanski.

Seines Erachtens kommen drei Möglichkeiten in Betracht:

- Beibehaltung eines reinen Kindergartenbereiches unter Abschrumpfung des über dem Bedarf vorhandenen Platzangebotes,
- Qualitative Veränderung durch Umwandlung zugunsten der Kinder unter drei Jahren,
- Mischform durch Umwandlung zugunsten der Kinder unter drei bzw. der Kinder über sechs Jahren.

Die SPD-Fraktion spricht sich grundsätzlich gegen einen Abbau von Plätzen aus. An den Standorten, an denen Kindergärten am Bedarf gemessen sinnvoll sind, sollten diese belassen werden. Kommen Umwandlungen in Betracht, so sind ausschließlich solche in Kindertagesstätten durchzuführen. Wenn Veränderungen im Altersbereich vorgenommen werden, so sind primär die Kinder unter drei Jahren zu bedenken, da die Entwicklung im Bereich der über sechsjährigen derzeit nicht abschätzbar ist. Diese Betreuungsangebote werden seines Erachtens ohnehin zunehmend in den Zuständigkeitsbereich der Schulen fallen.

Die CDU-Fraktion definiert den Idealfall dahingehend, dass Eltern ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst erziehen, legt Frau Sintzen dar. Hinsichtlich geänderter gesellschaftlicher und sozialer Parameter ist aber ein Umdenken verbunden mit bedarfsangepassten Änderungen erforderlich. Da die in der Vorlage genannten Zahlen auf Schätzungen basieren und Entscheidungen zur Umwandlung große finanzielle Auswirkungen nach sich ziehen, sieht sie sich heute außerstande, über den Umfang nötiger Umwandlungen zu befinden. Die Ergebnisse der Beratung möchte sie fraktionsintern eingehend diskutieren. Sie erwartet für das kommende Jahr eine Vorlage mit dezidierten Zahlen und Kostenaussagen, um dann endgültig zu entscheiden und klären zu können, wie die Bedarfe finanziell und sozialverträglich abgedeckt werden können.

Es sollten noch keine Festlegungen bezogen auf Veränderungen im Altersbereich getroffen werden, rät Frau Tielsch. Die in der Vorlage genannte umfassende Erhebung und der daraus resultierende, tatsächliche lokale Bedarf muss diesbezüglich ausschlaggebend sein.

Herr Al-Omary spricht sich bei Umwandlungen für eine Bevorzugung des Bereiches der über sechsjährigen aus.

Herr Schmidt führt aus, dass in dem von seinem Vorredner angesprochenen Altersbereich zu berücksichtigen ist, dass andere Angebote, wie z. B. Hilfe zur Erziehung, Schulsozialarbeit, verlässliche Halbtagschule usw. tangiert werden.

Frau Schäfer macht deutlich, dass neben Umwandlungen auch Umwidmungen in Frage kommen. Sie wünscht, dass ab Sommer diesen Jahres bereits Regelungen getroffen werden, die, wenn ein begründeter Bedarf vorliegt, dann bereits eine Umwandlung ermöglichen, um vorhandene freie Plätze zu reduzieren. Bei der Betreuung der über sechsjährigen müssen Einzelfallbetrachtungen erfolgen.

Herr Schollmeyer legt dar, dass es verschiedene Angebote einer Betreuung der Schulkinder gibt, die im Einzelfall betrachtet alle als gut zu bewerten sind. Die Jugendpolitik sollte jedoch eine Linie vorgeben, an der sich die Angebote auszurichten haben, um Wildwuchs zu vermeiden.

Herr Hofheinz zeigt auf, dass die der Diskussion zugrundeliegende Bedarfserhebung vom 30.06.2000 zu lange her ist, als dass hieraus gesicherte Erkenntnisse gezogen werden könnten. Um- statt Abbau von Plätzen wird durch die freien Träger begrüßt, doch sind auch die Prioritäten zu berücksichtigen, die das Landesjugendamt setzt. Bereits jetzt gibt es rechtliche Möglichkeiten, unter dreijährige Kinder in den Einrichtungen aufzunehmen, dies erfordert Flexibilität sowohl der Träger als auch der Verwaltung. Ein besonderes Augenmerk sollte auch der Zielgruppe der drei- bis sechsjährigen zugewendet werden, die eine Ganztagesbetreuung benötigen. Er wünscht eine Einbeziehung der Träger bei der Diskussion über Zielrichtungen, da verlässliche Grundlagen benötigt werden, auf deren Basis Planungen abgestimmt werden können.

Herr Löwenberg ändert den letzten Absatz seines Antrages dahingehend ab, dass die Umsetzung eines Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis zum Kindergartenjahr 2005/2006 beschlossen werden sollte.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss (in Ergänzung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Erhebungen durchzuführen, die verlässliches Zahlenmaterial liefern, um auf dieser Grundlage spätestens in 2003/2004 über grobe Richtungsvorgaben befinden bzw. konkrete

Entscheidungen treffen zu können.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschluss (in Ergänzung auf Antrag von Herrn Löwenberg):

Als ersten Schritt beschließt der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen die Umsetzung eines Platzangebotes für 10 % der Kinder unter drei Jahren und für 20 % der Schulkinder bis zum Kindergartenjahr 2005/2006.

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 8 dagegen, 4 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

23. JHA 19.03.2002

7. Tageseinrichtungen für Kinder
hier: Angebotsstrukturen / Entwicklung Betriebskosten / Elternbeiträge

Vorlagennr. 1817/2002

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Rohr informiert, dass die weitere Freistellung der ½ Fachkraftstelle in der Einrichtung Gläserstraße aller Wahrscheinlichkeit nach gewährleistet ist. Für die Forderung des Rates nach einer adäquaten Gegenfinanzierung wurde in Kooperation der Fach- und der Personalverwaltung eine Lösung gefunden. Die Zustimmung des Personalrates steht noch aus, wird aber voraussichtlich erteilt.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

23. JHA 19.03.2002